

Die FDP-Fraktion beantragt, die Vergabe des Bauprojektes Alleenradweg so lange zurückzustellen, bis der Haushaltsausgleich unter den im Haushaltssanierungskonzept festgelegten Bedingungen gesichert ist, das heißt ohne Erhöhungen der Grundsteuer B über das bislang geplante Maß hinaus vornehmen zu müssen.

Nachdem Stv. Dr. Kahnis die Vorlage erläutert hat, weist er nochmals darauf hin, dass die FDP-Fraktion den Radweg nicht verhindern will; sie sehe jedoch Probleme in der Finanzierung.

Hierzu erklärt der Bürgermeister, dass der Förderbescheid vorliege, der an bestimmte Fristen und Umsetzungen gebunden sei; er sehe ohnehin voraussichtlich keine weiteren Grundsteuerhöhungen B über das bisher geplante Maß hinaus. Das Risiko einer Nichtvermarktung der Flächen sei sehr gering; Interessensbekundungserklärungen sollen eingeholt werden. Die Umsetzung des Gesamtprojektes dürfe nicht gefährdet werden.

StK Knabe ergänzt, dass die Gesamtmaßnahme für die Jahre 2013, 2014 und 2015 mit insgesamt 1.850 T Euro veranschlagt sei. Davon entfallen 1, 3 Mio. Euro auf Zuweisungen und 600 T Euro auf Verkaufserlöse. Wenn wider allen Annahmen nichts erlöst würde, fiel eine jährliche Zinsbelastung von 15 T Euro an.

Auch Stv. Retzerau weist darauf hin, dass die Voraussetzungen zur Umsetzung des Radweges jetzt geschaffen werden müssen, da das Potenzial dafür vorhanden sei.

Herr Baumhoer erklärt, dass die Maßnahme aufgrund aktueller Kostenentwicklungen kalkuliert sei; im vorliegenden Fall sei sogar mit einem Einsparpotenzial bei Freischnitt und Herausnahme der Schienen zu rechnen. Der Baubeginn ist für Herbst 2014, das Ende der Maßnahme für 2015 vorgesehen.

Auf die Frage des Stv. Dr. Kahnis, wie lange der Zuwendungsbescheid evtl. geschoben werden könne, entgegnet Herr Baumhoer, das dies gar nicht mehr möglich sei, andernfalls verfallen die Mittel komplett.

Stv. Stamm weist darauf hin, dass der Hebesatz der Grundsteuer B das Ergebnis des Gesamthaushalts sei, nicht eines Einzeltitels. Die Maßnahme an sich sei ausschließlich positiv, da die Stadt dadurch attraktiver werde.

Nachdem Stv. Dr. Kahnis nochmals darauf hinweist, dass das Projekt zeitnah unter Beteiligung aller Interessenten zügig und kostenneutral abgewickelt werden müsse, zieht er den FDP-Antrag nach ausführlicher Schilderung der Situation zurück.